

2° hoofdstuk III van het koninklijk besluit van 4 september 1989 betreffende verloven voor verminderde prestaties toegestaan aan personeelsleden van het Rijksonderwijs en van de psycho-medisch-sociale centra van de Staat die de leeftijd van vijftig jaar hebben bereikt of die ten minste twee kinderen ten laste hebben die de leeftijd van veertien jaar niet hebben overschreden en betreffende de terbeschikkingstelling wegens persoonlijke aangelegenheden die aan de pensionering voorafgaat, gewijzigd bij de besluiten van de Executieve van 6 november 1990 en 4 november 1992.

Art. 14. Behoudens tegenstrijdige bepalingen treedt dit decreet in werking op 1 augustus 1996.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* bekendgemaakt wordt.

Eupen, 25 juni 1996.

J. MARAITE

Minister-President van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap

Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,

Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme

K.-H. LAMBERTZ

Minister van Jeugd, Vorming,

Media en Sociale Aangelegenheden

W. SCHRÖDER

Minister van Onderwijs, Cultuur, Wetenschappelijk Onderzoek,

Monumenten en Landschappen

D 96 — 2284

IS - C - 33084

25. JUNI 1996 — Dekret über die Organisation eines Teilzeitunterrichts im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens

Der Rat der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und Wir, Regierung, sanktionieren es:

KAPITEL I. — Allgemeine Bestimmungen

Artikel 1 - Die Deutschsprachige Gemeinschaft organisiert, subventioniert oder anerkennt einen Teilzeitunterricht im Rahmen des berufsbildenden Regelsekundarschulwesens.

Indem ein Schüler den Teilzeitunterricht besucht, genügt er der Teilzeitschulpflicht.

Dieser Unterricht umfaßt allgemeinbildende und berufsbildende Kurse.

Der Teilzeitunterricht wird durch eine praktische Ausbildung ergänzt.

KAPITEL II. — Die Zentren für Teilzeitunterricht

Art. 2 - Vorbehaltlich des Artikels 4 wird der in Artikel I angeführte Unterricht in den Zentren für Teilzeitunterricht, nachstehend Zentren genannt, erteilt.

Es darf kein Zentrum geschaffen oder subventioniert werden, das die folgenden Bedingungen nicht erfüllt.

1. einer Unterrichtseinrichtung angegliedert sein, die ab der zweiten Stufe des Sekundarunterrichts ausschließlich technischen oder berufsbildenden Unterricht organisiert;

2. am 15. November des Schuljahres mindestens fünf eingeschriebene reguläre Schüler zählen, die der Teilzeitschulpflicht unterliegen.

Art. 3 - § 1. Die Führung des Zentrums wird vom Leiter der Unterrichtseinrichtung gewährleistet, der diesen Zentrum angegliedert ist.

§ 1. In jedem Zentrum wird ein Verwaltungsausschuß eingerichtet, dessen Zusammensetzung Arbeitsweise und Zuständigkeit gemäß den Artikeln 15, 27 und 42 der am 30. April 1957 koordinierten Gesetze über den technischen Unterricht geregelt werden.

Absatz I ist nicht anwendbar auf Zentren, die einer Einrichtung angegliedert sind, in der ein Verwaltungsausschuß bereits besteht.

Art. 4 - Für den berufsbildenden Teil des Unterrichts können die Zentren auf folgende Einrichtungen zurückgreifen:

1. alle Sekundarschulen und Institute für schulische Weiterbildung, unabhängig von der Trägerschaft,
2. außerschulische Einrichtungen für Aus- und Weiterbildung.

KAPITEL III. — Bestimmungen über die Organisation der Studien

Art. 5 - Der Teilzeitunterricht wird jährlich während 600 Unterrichtsstunden zu 50 Minuten, die sich auf mindestens 20 Wochen verteilen, organisiert.

Der Teilzeitunterricht kann nach Fächern oder fachübergreifend im Rahmen von Unterrichtseinheiten und -projekten organisiert werden.

Sitzungsperiode 1995-1996:

Dokumente des Rates. — 43 (1995-1996) Nr. 1 Dekretentwurf. — 43 (1995-1996) Nr. 2 Bericht.

Ausführlicher Bericht. — Diskussion und Abstimmung. Sitzung vom 25. Juni 1996

Art. 6 - Als reguläre Schüler haben die Personen Zugang zum Teilzeitunterricht, die eine der beiden folgenden Bedingungen erfüllen:

1. der Teilzeitschulpflicht unterliegen und bis spätestens zum 15. November des betreffenden Schuljahres im Teilzeitunterricht eingeschrieben sein;

2. unter 26 Jahren sein, der Schulpflicht genügt haben, bis spätestens zum 15. November des betreffenden Schuljahres im Teilzeitunterricht eingeschrieben sein und einen der vier folgenden Verträge abgeschlossen haben:

a) einen Arbeits-Ausbildungs-Vertrag im Rahmen des Königlichen Erlasses Nr. 495 vom 31. Dezember 1986 zur Einführung eines Systems, das die Arbeit und die Ausbildung der Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren miteinander verbindet, und zur zeitweiligen Senkung der Arbeitgeberbeiträge zu den für diese Jugendlichen geschuldeten Sozialabgaben;

b) einen Vertrag über die Ausbildung im Betrieb im Rahmen des Erlasses der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft vom 10. September 1993 zur Einrichtung und Regelung eines Systems der Ausbildung im Betrieb zur Vorbereitung der Integration von Personen mit einer Behinderung in den Arbeitsprozeß;

c) einen industriellen Lehrvertrag im Rahmen des Gesetzes vom 19. Juli 1983 über das Erlernen der im Lohnverhältnis ausgeübten Arbeiterberufe;

d) einen mit der Arbeitsgesetzgebung im Einklang stehenden Vertrag im Rahmen einer alternierenden Ausbildung, die von der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft genehmigt worden ist, unter der Voraussetzung, daß der Vertrag in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Teilzeitunterricht steht.

Niemand darf sich für eine Ausbildung einschreiben, die mit einem Studiennachweis abschließt, den die betreffende Person bereits in derselben oder einer entsprechenden Studienrichtung erworben hat.

Art. 7 - Auf begründeten Antrag des Leiters des Zentrums kann die Regierung aufgrund außergewöhnlicher Umstände in Einzelfällen von der in Artikel 6 vorgesehenen Einschreibefrist abweichen.

Art. 8 - Im Teilzeitunterricht werden unter bestimmten Bedingungen gewisse Studiennachweise vergeben, die denen des berufsbildenden Vollzeitsekundarschulwesens entsprechen. Die Regierung legt fest, um welche Nachweise es sich handelt.

Wird der Unterricht nach Modulen gestaltet, erhält der Schüler nach jedem erfolgreich abgeschlossenen Modul einen entsprechenden Schein.

Ein Schüler, der ein Zentrum verläßt, erhält eine Bescheinigung, aus der hervorgeht, seit wann und bis wann er den Teilzeitunterricht besucht hat und welche Fähigkeiten er erworben hat.

Die Regierung legt die Form der vorerwähnten Studiennachweise und Bescheinigungen fest.

KAPITEL IV. — *Betreuung und Funktionskosten*

Art. 9 - § 1. Für die regulären Schüler eines Zentrums, auf die § 2 des vorliegenden Artikels keine Anwendung findet, wird dem Zentrum, in dem sie eingeschrieben sind, folgende Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson gewährt:

1. bis zum 9. Schüler: 22 Stunden,

2. ab dem 10. Schüler: zusätzlich 10 Stunden pro angefangene Gruppe von 7 Schülern.

Für die pädagogische Koordinierung wird folgende Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson gewährt:

1. bis zum 10. Schüler: 2 Stunden,

2. für jede weitere angefangene Gruppe von 5 Schülern: zusätzlich 2 Stunden.

§ 2. Für die regulären Schüler eines Zentrums, die einen industriellen Lehrvertrag im Rahmen des Gesetzes vom 19. Juli 1983 über das Erlernen der im Lohnverhältnis ausgeübten Arbeiterberufe abgeschlossen haben, wird dem Zentrum, in dem sie eingeschrieben sind, folgende Anzahl Unterrichtsstunden/Lehrperson gewährt:

1. im ersten Ausbildungsjahr: 15 Stunden, unter der Bedingung, daß mindestens vier Schüler in derselben Studienrichtung eingeschrieben sind und 8 Stunden für jede weitere Studienrichtung, in der mindestens vier Schüler eingeschrieben sind;

2. für alle anderen Ausbildungsjahre: zusätzlich 8 Stunden pro Studienrichtung und Ausbildungsjahr. Wird kein erstes Ausbildungsjahr organisiert, so werden darüber hinaus insgesamt 7 Stunden gewährt.

Für die pädagogische Koordinierung werden insgesamt für jede angefangene Gruppe von 5 Schülern 2 Unterrichtsstunden/Lehrperson gewährt, falls das Zentrum Anrecht auf die in den Punkten 1 oder 2 festgelegten Stunden hat.

§ 3. Für die sozialpädagogische Betreuung der Schüler wird jedem Zentrum die nachstehende Anzahl Planstellen zu 38 Wochenstunden im Amt eines Sozialassistenten der Kategorie Erziehungshilfspersonal gewährt:

1. bis zum 20. regulären Schüler: eine halbe Planstelle,

2. für jede weitere angefangene Gruppe von 20 regulären Schülern: eine zusätzliche halbe Planstelle.

§ 4. Die Berechnung der Unterrichtsstunden/Lehrperson und der Planstellen für die sozialpädagogische Betreuung erfolgt auf der Grundlage der am 15. November des jeweiligen Schuljahres eingeschriebenen regulären Schüler.

Die errechneten Unterrichtsstunden/Lehrperson und Planstellen für die sozialpädagogische Betreuung können bis zum 15. November des folgenden Schuljahres organisiert werden.

Art. 10 - Die bis zum 30. September des betreffenden Schuljahres im Zentrum eingeschriebenen regulären Schüler werden bei der Berechnung der Planstellen für die Ämter des Direktions-, des Erziehungshilfs- und des Verwaltungspersonals der Sekundarschule, in der das Zentrum für Teilzeitunterricht seinen Sitz hat, mit einem Koeffizienten von 0,5 berücksichtigt.

Die im Teilzeitunterricht im berufsbildenden Teil am 30. September organisierten Unterrichtsstunden werden bei der Berechnung der Planstellen für das Amt eines Werkstattleiters berücksichtigt.

Art. 11 - Ein vollständiger Lehrerstundenplan im Teilzeitunterricht umfaßt die gleiche Anzahl Unterrichtsstunden pro Woche wie derjenige, der für das Amt eines Lehrers für allgemeinbildende Kurse mit vollem Stundenplan in der Oberstufe des Vollzeitsekundarunterrichts verlangt wird.

Die verwaltungs- und besoldungsrechtliche Lage der Lehrpersonen des Zentrums wird nach den Bestimmungen geregelt, die für die Lehrer gelten, die ein Amt in der Oberstufe des Regelvollzeitsekundarschulwesens ausüben.

Die mit der sozialpädagogischen Betreuung beauftragten Personalmitglieder werden in das Amt eines Sozialassistenten ernannt und entsprechend diesem Amt besoldet. Sie können in dieses Amt zum Praktikum zugelassen und definitiv ernannt werden.

Art. 12 - Die Existenz eines Zentrums wird bei der Festlegung der Dotation, beziehungsweise bei der Berechnung der Funktionssubventionen berücksichtigt.

Für jeden regulären Schüler, der bis zum 15. November in einem von der Deutschsprachigen Gemeinschaft subventionierten Zentrum eingeschrieben ist, erhält die Schule, in der das Zentrum organisiert wird, eine Funktionssubvention in Höhe des Betrags, der in Punkt 7 der Anlage des Dekretes vom 18. April 1994 zur Festlegung des Betrages der Funktionssubventionen für das subventionierte Unterrichtswesen angegeben ist.

Übernehmen mehrere Unterrichtseinrichtungen die Ausbildung eines Schülers, werden die Funktionssubventionen entsprechend der Zahl der vom Schüler in den einzelnen Einrichtungen tatsächlich belegten Unterrichtsstunden anteilig auf die betreffenden Einrichtungen verteilt.

Für jeden Schüler, der sich nach dem 30. September und vor dem 16. November des jeweiligen Schuljahres als regulärer Schüler in ein Zentrum einschreibt, überweist die Schule, die der betreffende Schüler verläßt, dem Zentrum den in Absatz 2 angeführten Betrag, falls diese Schule im gleichen Schuljahr in den Genuß einer Funktionssubvention für den betreffenden Schüler kommt.

Art. 13 - Jedes psycho-medizinisch-soziale Zentrum, das die Schüler eines Zentrums für Teilzeitunterricht betreut, erhält für jede angefangene Gruppe von 25 regulären Schülern eine viertel Planstelle eines Sozialassistenten oder eines Assistenten in Psychologie.

Die Berechnung erfolgt auf der Grundlage der am 15. November eingeschriebenen regulären Schüler. Falls die in Absatz 1 angeführte Schülerzahl am 15. Januar erreicht ist, wird am darauffolgenden Schultag eine neue Berechnung vorgenommen.

Die errechneten Planstellen können bis zum 15. November des folgenden Schuljahres organisiert werden.

KAPITEL V. — Übergangs- und Schlussbestimmungen

Art. 14 - Die Personen, die im Teilzeitunterricht in den Schuljahren, in denen dieser Unterricht in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf der Grundlage eines Experimentellen Erlasses organisiert wurde, mit der sozialpädagogischen Betreuung beauftragt waren, können in das Amt eines Sozialassistenten zum Praktikum zugelassen und definitiv ernannt werden, auch wenn sie nicht im Besitz des Diploms eines Sozialassistenten sind.

Art. 15 - Das vorliegende Dekret tritt am 2. September 1996 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, daß es durch das *Belgische Staatsblatt* veröffentlicht wird.
Eupen, den 25. Juni 1996

Der Minister-Präsident der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Minister für Finanzen, internationale Beziehungen, Gesundheit, Familie und Senioren, Sport und Tourismus,
J. MARAITE

Der Minister für Jugend, Ausbildung, Medien und Soziales,
K.-H. LAMBERTZ

Der Minister für Unterricht, Kultur, wissenschaftliche Forschung,
W. SCHRODER

TRADUCTION

F. 96 — 2264

[C — 33084]

25 JUIN 1996. — Décret relatif à l'organisation d'un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire

Le Conseil de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit:

CHAPITRE I^{er}. — Dispositions générales

Article 1^{er}. La Communauté germanophone organise, subventionne ou reconnaît un enseignement à horaire réduit dans l'enseignement secondaire professionnel ordinaire.

S'il s'agit d'un enseignement à horaire réduit, l'élève satisfait à l'obligation scolaire à temps partiel.

Cet enseignement comporte à la fois des cours généraux et professionnels.

L'enseignement à horaire réduit est complété par une formation pratique.

CHAPITRE II. — Les centres d'enseignement à horaire réduit

Art. 2. Sous réserve de l'article 4, l'enseignement visé à l'article 1 est dispensé dans les centres d'enseignement à horaire réduit, dénommés ci-après "centres".

Un centre ne peut être créé ou subventionné que s'il remplit les conditions suivantes:

1° être rattaché à un établissement d'enseignement qui, à partir du deuxième degré de l'enseignement secondaire, organise exclusivement un enseignement technique ou professionnel;

2° compter au 15 novembre de l'année scolaire au moins cinq élèves régulièrement inscrits qui sont soumis à l'obligation scolaire à temps partiel.

Session 1995-1996 :

Documents du Conseil. — 43 (1995-1996) n° 1 : Projet de décret. — 43 (1995-1996) n° 2 : Rapport.

Compte rendu intégral. — Discussion et vote. Séance du 25 juin 1996.

Art. 3. § 1. La direction du centre est assurée par le directeur de l'établissement d'enseignement auquel ce centre est rattaché.

§ 2. Une commission administrative est créée dans chaque centre. Sa composition, son fonctionnement et sa compétence sont régis conformément aux articles 15, 27 et 42 des lois sur l'enseignement technique, coordonnées le 30 avril 1957.

L'alinéa 1^{er} n'est pas applicable aux centres qui sont rattachés à un établissement au sein duquel existe déjà une commission administrative.

Art. 4. Pour la partie professionnelle de l'enseignement, les centres peuvent recourir aux établissements suivants :

1° à toutes les écoles secondaires et à tous les instituts de promotion sociale indépendamment du pouvoir organisateur;

2° aux établissements extrascolaires de formation et de formation continue.

CHAPITRE III. — Dispositions relatives à l'organisation des études

Art. 5. L'enseignement à horaire réduit est organisé annuellement pendant 600 périodes d'une durée de 50 minutes, réparties sur au moins 20 semaines.

L'enseignement à horaire réduit peut être organisé par discipline ou de façon interdisciplinaire dans le cadre d'unités et de projets de cours.

Art. 6. Les personnes qui remplissent l'une des deux conditions suivantes ont accès à l'enseignement à horaire réduit en tant qu'élèves réguliers :

1° être soumis à l'obligation scolaire à temps partiel et être inscrit dans l'enseignement à horaire réduit au plus tard le 15 novembre de l'année scolaire concernée;

2° avoir moins de 26 ans, avoir satisfait à l'obligation scolaire, être inscrit dans l'enseignement à horaire réduit au plus tard le 15 novembre de l'année scolaire concernée et avoir conclu l'un des quatre contrats suivants :

a) une convention emploi-formation en entreprise dans le cadre de l'arrêté royal n° 495 du 31 décembre 1986 instaurant un système associant le travail et la formation pour les jeunes de 18 à 25 ans et portant diminution temporaire des cotisations patronales de sécurité sociale dues dans le chef de ces jeunes;

b) un contrat de formation en entreprise dans le cadre de l'arrêté du Gouvernement de la Communauté germanophone du 10 septembre 1993 instaurant et réglant un système de formation en entreprise en vue de préparer l'intégration professionnelle de personnes handicapées;

c) un contrat d'apprentissage industriel dans le cadre de la loi du 19 juillet 1983 sur l'apprentissage de professions exercées par des travailleurs salariés;

d) un contrat, conforme à la législation sur le travail, dans le cadre d'une formation alternée approuvée par le Gouvernement de la Communauté germanophone, à condition que le contrat ait un lien direct avec l'enseignement à horaire réduit.

Nul ne peut s'inscrire à une formation au terme de laquelle est délivré un certificat d'études que la personne en question a déjà acquis dans la même orientation d'études ou dans une orientation équivalente.

Art. 7. À la demande motivée du directeur du centre, le gouvernement peut, en raison de circonstances exceptionnelles et au cas par cas, déroger au délai d'inscription prévu à l'article 6.

Art. 8. Dans l'enseignement à horaire réduit, certains certificats d'études correspondant à ceux de l'enseignement secondaire professionnel de plein exercice sont délivrés moyennant le respect de certaines conditions. Le Gouvernement détermine de quels certificats il s'agit.

S'il s'agit d'un enseignement modulaire, l'élève reçoit, pour chaque module terminé avec fruit, un certificat correspondant.

L'élève qui quitte un centre reçoit une attestation mentionnant les dates de début et de fin de fréquentation de cet enseignement ainsi que les capacités acquises.

Le gouvernement détermine les modèles des certificats d'études et des attestations susmentionnés.

CHAPITRE IV. — Encadrement et frais de fonctionnement

Art. 9. § 1. Pour les élèves réguliers d'un centre auxquels le § 2 de cet article n'est pas applicable, le nombre suivant de périodes/professeur est attribué au centre dans lequel ils sont inscrits :

1° jusqu'à 9 élèves : 22 périodes;

2° à partir de 10 élèves : 10 périodes supplémentaires pour tout groupe entamé de 7 élèves.

Le nombre suivant de périodes/professeur est attribué pour la coordination pédagogique :

1° jusqu'à 10 élèves : 2 périodes;

2° pour tout nouveau groupe entamé de 5 élèves : 2 périodes supplémentaires.

§ 2. Pour les élèves réguliers d'un centre qui ont conclu un contrat d'apprentissage industriel dans le cadre de la loi du 19 juillet 1983 sur l'apprentissage de professions exercées par des travailleurs salariés, le nombre suivant de périodes/professeur est attribué au centre dans lequel ils sont inscrits :

1° en première année de formation : 15 périodes, à condition qu'au moins 4 élèves soient inscrits dans la même orientation d'études et 8 périodes pour toute autre orientation dans laquelle au moins 4 élèves sont inscrits;

2° pour toutes les autres années de formation : 8 périodes supplémentaires par orientation d'études et par année de formation. Si une première année de formation n'est pas organisée, 7 périodes supplémentaires seront attribuées au total.

Deux périodes/professeur sont attribuées au total pour la coordination pédagogique pour tout groupe entamé de 5 élèves, si le centre a droit aux périodes déterminées aux points 1 ou 2.

§ 3. Pour l'encadrement socio-pédagogique des élèves, le nombre suivant d'emplois de 38 heures est attribué à chaque centre dans la fonction d'assistant social reprise dans la catégorie du personnel auxiliaire d'éducation :

1° jusqu'à 20 élèves réguliers : un demi-emploi;

2° pour tout autre groupe entamé de 20 élèves réguliers : un demi-emploi supplémentaire.

§ 4. Les périodes/professeur et les emplois pour l'encadrement socio-pédagogique sont calculés en fonction du nombre d'élèves régulièrement inscrits au 15 novembre de l'année scolaire en question.

Les périodes/professeurs et les emplois pour l'encadrement socio-pédagogique ainsi calculés peuvent être organisés jusqu'au 15 novembre de l'année scolaire suivante.

Art. 10. Les élèves régulièrement inscrits dans le centre pour le 30 septembre de l'année scolaire concernée sont pris en considération avec un coefficient de 0,5 pour le calcul des emplois du personnel directeur, auxiliaire d'éducation et administratif de l'école secondaire dans laquelle le centre d'enseignement à horaire réduit a son siège.

Les périodes organisées le 30 septembre dans la partie professionnelle de l'enseignement à horaire réduit sont prises en considération pour le calcul des emplois de chef d'atelier.

Art. 11. Un horaire complet de professeur dans l'enseignement à horaire réduit comprend le même nombre de périodes par semaine que celui exigé pour la fonction de professeur de cours généraux ayant un horaire complet dans l'enseignement secondaire supérieur de plein exercice.

La position administrative et pécuniaire des enseignants du centre est réglée conformément aux dispositions applicables aux professeurs qui exercent leurs fonctions dans l'enseignement secondaire supérieur ordinaire de plein exercice.

Les membres du personnel chargés de l'encadrement socio-pédagogique sont désignés et rémunérés en qualité d'assistant social. Ils peuvent être admis au stage et nommés à titre définitif dans cette fonction.

Art. 12. L'existence d'un centre est prise en considération lors de la fixation de la dotation ou du calcul des subventions de fonctionnement.

Pour tout élève régulièrement inscrit pour le 15 novembre dans un centre subventionné par la Communauté germanophone, une subvention de fonctionnement est octroyée à l'école dans laquelle le centre est organisé, à concurrence du montant indiqué au point 7 de l'annexe du décret du 18 avril 1994 fixant le montant des subventions de fonctionnement pour l'enseignement subventionné.

Si plusieurs établissements d'enseignement assurent la formation d'un élève, les subventions de fonctionnement sont réparties entre les établissements concernés proportionnellement au nombre de périodes effectivement suivies par l'élève dans les différents établissements.

Pour tout élève qui s'inscrit dans un centre comme élève régulier après le 30 septembre mais avant le 16 novembre de l'année scolaire en question, l'école que quitte l'élève concerné verse au centre le montant visé à l'alinéa 2, si cette école bénéficie, au cours de la même année scolaire, d'une subvention de fonctionnement pour l'élève en question.

Art. 13. Chaque centre psycho-médico-social qui encadre les élèves d'un centre d'enseignement à horaire réduit a droit, pour tout groupe entamé de 25 élèves réguliers, à un quart d'emploi d'assistant social ou d'assistant en psychologie.

Le calcul est effectué sur la base du nombre d'élèves régulièrement inscrits au 15 novembre. Si le nombre d'élèves visé à l'alinéa 1 est atteint le 15 janvier, un nouveau calcul est effectué le jour scolaire suivant.

Les emplois calculés peuvent être organisés jusqu'au 15 novembre de l'année scolaire suivante.

CHAPITRE V. — Dispositions transitoires et dispositions finales

Art. 14. Les personnes qui étaient chargées de l'encadrement socio-pédagogique dans l'enseignement à horaire réduit pendant les années scolaires où cet enseignement a été organisé de façon expérimentale en Communauté germanophone par un arrêté, peuvent être admises au stage et nommées à titre définitif en qualité d'assistant social, même si elles ne sont pas titulaires du diplôme d'assistant social.

Art. 15. Le présent décret entre en vigueur le 2 septembre 1996.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 25 juin 1996.

Le Ministre-Président,
Ministre des Finances, des Relations internationales,
de la Santé, de la Famille et des Personnes âgées, du Sport et du Tourisme
J. MARAITE

Le Ministre de la Jeunesse, de la Formation,
des Médias et des Affaires sociales,
K.H. LAMBERTZ

Le Ministre de l'Enseignement, de la Culture,
de la Recherche scientifique et des Monuments et Sites,
W. SCHRÖDER

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

[C - 33084]

25 JUNI 1996. — Decreet betreffende de organisatie van een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs

De Raad van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK I. — Algemene bepalingen

Artikel 1. De Duitstalige Gemeenschap organiseert, subsidieert of erkent een onderwijs met beperkt leerplan in het gewoon beroepssecundair onderwijs.

Een leerling die het onderwijs met beperkt leerplan bezoekt, voldoet aan de deeltijdse leerplicht.

Dit onderwijs omvat algemene vakken en beroeps cursussen.

Het onderwijs met beperkt leerplan wordt aangevuld met een praktische opleiding.

HOOFDSTUK II. — Centra voor onderwijs met beperkt leerplan

Art. 2. Onder voorbehoud van artikel 4 wordt het onderwijs bedoeld in artikel 1 in centra voor onderwijs met beperkt leerplan verstrekt, hierna "centra" genoemd.

Een centrum mag slechts ingericht of gesubsidieerd worden als het aan volgende voorwaarden voldoet :

1° aan een onderwijsinrichting aangesloten zijn waar vanaf de tweede graad slechts een technisch of beroeps onderwijs wordt georganiseerd;

2° op 15 november van het schooljaar ten minste 5 regelmatig ingeschreven leerlingen tellen die de deeltijdse leerplicht onderworpen zijn.

Art. 3. § 1. De leider van de onderwijsinrichting waaraan het centrum aangesloten is, leidt het centrum.

§ 2. Elk centrum moet een administratieve commissie hebben waarvan de samenstelling, de werking en de bevoegdheid geregeld worden zoals bepaald in de artikels 15, 27 en 42 van de wetten op het technisch onderwijs, gecoördineerd bij het koninklijk besluit van 30 april 1957.

Lid 1 is niet van toepassing op centra die aan een inrichting aangesloten zijn waar een administratieve commissie al bestaat.

Art. 4. Voor het professionele gedeelte van het onderwijs kunnen de centra een beroep doen op de volgende inrichtingen :

1° alle secundaire scholen en aan alle instituten voor sociale promotie, met welke inrichtende macht dan ook;

2° alle inrichtingen buiten schoolverband voor opleiding en voortgezette opleiding.

HOOFDSTUK III. — Bepalingen over de organisatie van de studies

Art. 5. Het onderwijs met beperkt leerplan wordt jaarlijks tijdens 600 lestijden van 50 minuten, verdeeld over ten minste 20 weken, georganiseerd.

Het onderwijs met beperkt leerplan kan per discipline of interdisciplinair in het kader van onderwijs eenheden en -projecten georganiseerd worden.

Art. 6. De personen die aan één van beide volgende voorwaarden voldoen, hebben als regelmatige leerling toegang tot het onderwijs met beperkt leerplan :

1° aan de deeltijdse leerplicht onderworpen zijn en ten laatste op 15 november van het betreffende schooljaar in het onderwijs met beperkt leerplan ingeschreven zijn;

2° jonger dan 26 zijn, aan de leerplicht voldaan hebben, ten laatste op 15 november van het betreffende schooljaar in het onderwijs met beperkt leerplan ingeschreven zijn en één van volgende verdragen hebben gesloten :

a) een overeenkomst tewerkstelling-opleiding in het kader van het koninklijk besluit nr. 495 van 31 december 1986 tot invoering van een stelsel van alternerende tewerkstelling en opleiding voor de jongeren tussen 18 en 25 jaar en tot tijdelijke vermindering van de sociale zekerheidsbijdragen van de werkgever verschuldigd in hoofde van deze jongeren;

b) een overeenkomst voor opleiding in een bedrijf in het kader van het besluit van de Regering van de Duitstalige Gemeenschap van 10 september 1993 houdende oprichting en regeling van een stelsel voor opleiding in een bedrijf met het oog op de voorbereiding van de inschakeling van de minder-validen in het arbeidsproces;

c) een industriële leerovereenkomst in het kader van de wet van 19 juli 1983 op het leerlingwezen voor beroepen uitgeoefend door werknemers in loondienst;

d) een verdrag overeenstemmend met de arbeidswetgeving in het kader van een door de Regering van de Duitstalige Gemeenschap goedgekeurde alternerende opleiding, op voorwaarde dat het verdrag een rechtstreekse betrekking heeft tot het onderwijs met beperkt leerplan.

Niemand mag zich in een opleiding inschrijven die met een studiegetuigschrift bekrachtigd wordt dat de betrokken persoon in dezelfde of in een dienovereenkomstige studierichting al heeft verkregen.

Art. 7. Op gemotiveerd verzoek van de directeur van het centrum kan de Regering in uitzonderlijke omstandigheden en naargelang het geval een afwijking verlenen van de inschrijvingstermijn bepaald in artikel 6.

Art. 8. Onder bepaalde voorwaarden worden, in het onderwijs met beperkt leerplan, bepaalde studiegetuigschriften uitgereikt die overeenstemmen met die van het beroepssecundair onderwijs met volledig leerplan. De Regering bepaald om welke getuigschriften het gaat.

Zitting 1995-1996 :

Bescheiden van de Raad. — 43 (1995-1996) nr. 1 : Ontwerp van de decreet. — 43 (1995-1996) nr. 2 : Verslag.

Integraal verslag. — Bespreking en aanneming. — Zitting van 25 juni 1996.

Wordt het onderwijs modulair georganiseerd, dan ontvangt de leerling na elke met vrucht beëindigde modulus een dienovereenkomstig attest.

Een leerling die een centrum verlaat, ontvangt een attest dat de begin- en einddatum van dit onderwijs evenals de verworven bekwaamheden vermeldt.

De Regering legt het model van bovenvermelde studiegetuigschriften en attesten vast.

HOOFDSTUK IV. — *Begeleiding en werkingskosten*

Art. 9. § 1. Voor de regelmatige leerlingen van een centrum, op wie § 2 van dit artikel niet toepasselijk is, wordt het volgende aantal lestijden/leerkracht toegekend aan het centrum waarin ze ingeschreven zijn :

1° tot 9 leerlingen : 22 lestijden;

2° vanaf 10 leerlingen : 10 bijkomende lestijden voor elke begonnen groep van 7 leerlingen.

Met het oog op de pedagogische coördinatie wordt het volgende aantal lestijden/leerkracht toegekend :

1° tot 10 leerlingen : 2 lestijden;

2° voor elke nieuwe begonnen groep van 5 leerlingen : 2 bijkomende lestijden.

§ 2. Voor de regelmatige leerlingen van een centrum die een industriële leerovereenkomst in het kader van de wet van 19 juli 1983 op het leerlingwezen voor beroepen uitgeoefend door werknemers in loondienst hebben gesloten, wordt het volgende aantal lestijden/leerkracht toegekend aan het centrum waarin zij ingeschreven zijn :

1° in het eerste opleidingsjaar : 15 lestijden, op voorwaarde dat ten minste 4 leerlingen in dezelfde studierichting ingeschreven zijn en 8 lestijden voor elke andere studierichting waarin ten minste 4 leerlingen ingeschreven zijn;

2° voor alle andere opleidingsjaren : 8 bijkomende lestijden per studierichting en opleidingsjaar. Wordt er geen eerste opleidingsjaar georganiseerd, dan worden 7 bijkomende lestijden toegekend.

Met het oog op de pedagogische coördinatie worden gezamenlijk 2 lestijden/leerkracht toegekend voor elke begonnen groep van 5 leerlingen, indien het centrum recht heeft op de lestijden vastgelegd onder 1° of 2°.

§ 3. Met het oog op de socio-pedagogische begeleiding van de leerlingen wordt het volgende aantal betrekkingen met 38 uren aan elk centrum toegekend in het ambt van maatschappelijk werker dat tot de categorie onderwijzend hulp personeel behoort :

1° tot 20 regelmatige leerlingen : een halve betrekking;

2° voor elke andere begonnen groep van 20 regelmatige leerlingen : een bijkomende halve betrekking.

§ 4. De lestijden/leerkracht en de betrekkingen voor de socio-pedagogische begeleiding worden berekend op basis van de regelmatige leerlingen ingeschreven op 15 november van het betrokken schooljaar.

De op die wijze berekende lestijden/leerkracht en betrekkingen voor de socio-pedagogische begeleiding kunnen tot 15 november van het volgende schooljaar worden georganiseerd.

Art. 10. De regelmatige leerlingen die ten laatste op 30 september van het betrokken schooljaar in het centrum zijn ingeschreven, worden met een coëfficiënt 0,5 in aanmerking genomen om de betrekkingen als bestuurspersoneel, onderwijzend hulp personeel en administratief personeel van de secundaire school te berekenen waarin het centrum voor onderwijs met beperkt leerplan zijn zetel heeft.

De lestijden georganiseerd op 30 september in het professionele gedeelte van het onderwijs met beperkt leerplan worden in aanmerking genomen voor de berekening van de betrekkingen als werkmeester.

Art. 11. Een volledige leraarurooster in het onderwijs met beperkt leerplan omvat hetzelfde aantal lestijden per week als hetgeen vereist voor de betrekking van leraar algemene vakken of leraar technische en beroeps cursussen met een voltijdse betrekking in het hoger secundair onderwijs met volledig leerplan.

De administratieve en geldelijke stand van de leerkrachten van het centrum wordt geregeld overeenkomstig de bepalingen die van toepassing zijn op de leerkrachten die hun ambt uitoefenen in het gewoon hoger secundair onderwijs met volledig leerplan.

De personeelsleden belast met de socio-pedagogische begeleiding worden als maatschappelijk werker aangesteld en betaald. Ze kunnen in dit ambt tot de stage toegelaten of vastbenoemd worden.

Art. 12. Het bestaan van een centrum wordt in aanmerking genomen wanneer het bedrag van de dotaties of werkingstoelagen wordt vastgelegd.

Voor elke regelmatige leerling die ten laatste op 15 november in een door de Duitstalige Gemeenschap gesubsidieerd centrum is ingeschreven, wordt de school waarin het centrum wordt georganiseerd een werkingstoelage ten belope van het bedrag toegekend dat vastgelegd is in punt 7° van de bijlage bij het decreet van 18 april 1994 tot vaststelling van het bedrag van de werkingstoelagen voor het gesubsidieerd onderwijs.

Indien verschillende onderwijsinrichtingen voor de opleiding van een leerling zorgen, worden de werkingstoelagen evenredig onder de betrokken inrichtingen verdeeld naargelang het aantal van de door de leerling in de verschillende inrichtingen werkelijk bezochte lestijden.

Voor elke leerling die tussen 30 september en 16 november van het betrokken schooljaar als regelmatige leerling in een centrum voor onderwijs met beperkt leerplan ingeschreven wordt, stort de school verlaten door de betrokken leerling het bedrag bedoeld in lid 2 aan het centrum, indien deze school voor hetzelfde schooljaar een werkingstoelage voor de betrokken leerling verkrijgt.

Art. 13. Ieder PMS-centrum dat de leerlingen van een centrum voor het onderwijs met beperkt leerplan begeleidt, verkrijgt een deeltijdse betrekking als maatschappelijk werker of als assistent in de psychologie voor elke begonnen groep van 25 regelmatige leerlingen.

De berekening gebeurt op basis van de regelmatige leerlingen ingeschreven op 15 november. Als het aantal leerlingen bedoeld in het eerste lid op 15 januari wordt bereikt, dan wordt een nieuwe berekening uitgevoerd op de daaropvolgende schooldag.

De berekende betrekkingen kunnen tot 15 november van het volgende schooljaar worden georganiseerd.

HOOFDSTUK V. — *Overgangs- en slotbepalingen*

Art. 14. De personen die in het onderwijs met beperkt leerplan met de socio-pedagogische begeleiding belast waren tijdens de schooljaren waar dit onderwijs in de Duitstalige Gemeenschap door een besluit experimenteel werd georganiseerd, kunnen in het ambt van maatschappelijk werker tot de stage toegelaten en vastbenoemd worden, zelfs als ze niet houder zijn van het diploma van maatschappelijk werker.

Art. 15. Dit decreet treedt in werking op 2 september 1996.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.
Eupen, 25 juni 1996.

De Minister-President,
Minister van Financiën, Internationale Betrekkingen,
Gezondheid, Gezin en Bejaarden, Sport en Toerisme,
J. MARAITE

De Minister van Jeugd, Vorming, Media
en Sociale Aangelegenheden,
K. H. LAMBERTZ

De Minister van Onderwijs, Cultuur,
Wetenschappelijk Onderzoek, Monumenten en Landschappen,
W. SCHRÖDER

REGION WALLONNE — WALLONISCHE REGION — WAALS GEWEST

MINISTERE DE LA REGION WALLONNE

F. 98 — 2265

[C - 27581]

19 SEPTEMBRE 1996. — Arrêté du Gouvernement wallon autorisant la Société régionale wallonne du Logement à contracter, sous la garantie de la Région wallonne, un emprunt d'un montant maximum de 2 770 millions de francs pour le financement de ses programmes d'investissements

Le Gouvernement wallon,

Vu le décret du 25 octobre 1984 instituant la Société régionale wallonne du Logement, notamment les articles 32 et 33;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 15 septembre 1988 déterminant les modalités d'octroi d'une prime en capital accordée à la Société régionale wallonne du Logement à charge du budget de la Région wallonne;

Vu l'arrêté de l'Exécutif régional wallon du 19 novembre 1992 établissant les conditions d'octroi de l'intervention de la Région wallonne dans le financement d'un programme de création de nouveaux logements sociaux par les sociétés agréées par la Société régionale wallonne du Logement, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 mars 1996;

Vu l'arrêté du Gouvernement wallon du 2 décembre 1993 établissant les conditions d'octroi de l'intervention de la Région wallonne dans le financement d'un programme de rénovation, d'amélioration ou d'entretien des logements gérés par les sociétés agréées par la Société régionale wallonne du Logement, modifié par l'arrêté du Gouvernement wallon du 21 mars 1996;

Vu les programmes d'investissements 1994 et 1995 de la Société régionale wallonne du Logement approuvés par le Gouvernement wallon en ses séances des 23 juin 1994 et 28 septembre 1995;

Vu la décision du Gouvernement wallon du 26 novembre 1992 approuvant le programme de création de nouveaux logements sociaux;

Vu la décision du Gouvernement wallon du 27 mai 1993 approuvant le programme spécial pour la relance de l'emploi dans le secteur du logement social;

Vu la décision du Gouvernement wallon du 10 juin 1993 approuvant le programme de création de nouveaux logements sociaux;

Vu les décisions du Gouvernement wallon du 2 décembre 1993 et du 9 juin 1994 approuvant le programme et les extensions du programme 1993 de rénovation, d'amélioration ou d'entretien des logements sociaux;

Vu l'avis de l'Inspection des Finances;

Vu l'urgence;

Considérant que la Société régionale wallonne du Logement et les sociétés agréées par elle doivent être en mesure d'assurer leur objet social sans délai;

Sur la proposition du Ministre de l'Action sociale, du Logement et de la Santé,

Arrête :

Article 1^{er}. La Région wallonne accorde sa garantie de bonne fin à l'emprunt d'un montant maximum de 2 770 millions de francs.

Art. 2. L'emprunt peut être émis par tranche.

Art. 3. Le Ministre ayant le Budget et les Finances dans ses attributions ainsi que le Ministre ayant le Logement dans ses attributions sont chargés, chacun pour ce qui le concerne, de l'exécution du présent arrêté.

Namur, le 19 septembre 1996.

Le Ministre-Président du Gouvernement wallon,
chargé de l'Economie, du Commerce extérieur, des P.M.E., du Tourisme et du Patrimoine,
R. COLLIGNON

Le Ministre du Budget et des Finances, de l'Emploi et de la Formation,
J.-C. VAN CAUWENBERGHE

Le Ministre de l'Action sociale, du Logement et de la Santé,
W. TAMINIAUX